

II-3735 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1818 W

A N F R A G E

1986 -01- 24

der Abgeordneten Dr.Khol
und Kollegen
an den Bundeskanzler
betreffend Frau Staatssekretär Dohnal in Nikaragua

Die Abgeordneten Dr.Khol, Dr.Höchtl und Kollegen haben am 18.Oktober 1985 unter der Nummer 1641/J an den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten eine schriftliche Anfrage betreffend Regierungsdelegation in Nikaragua gerichtet. Am 19.Dezember 1985 antwortete der Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten unter der Ziffer 1650/AB. Aus der Anfragebeantwortung ergeben sich eine Reihe von weiteren Fragen, die im Hinblick auf die verfassungsgesetzliche Lage an den Bundeskanzler zu stellen sind. Frau Staatssekretär Dohnal ist bekanntlich dem Bundeskanzler als dem zuständigen Bundesminister unterstellt und an seine Weisungen gebunden (Art.78 Abs.1 BVG).

Aus der Anfragebeantwortung durch den Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten ergibt sich insbesondere, daß Frau Staatssekretär Dohnal die Reise ohne sachkundige Begleitung, insbesondere ohne Begleitung eines Vertreters der zuständigen Botschaft in Mexico angetreten hat, daß sie sich einseitig nur bei Vertretern der sandinistischen Regierung informiert hat und andere gesellschaftliche Kräfte im Lande, insbesondere Vertreter der Kirche, die Oppositionszeitung La Prensa, die freien Gewerkschaften, die sozialdemokratische Partei, die Oppositionsparteien, die Menschenrechtsorganisationen nicht besucht hat. Frau Dohnal hat zum Ende ihres Besuches ein weitreichendes Pressecommuniqué unterschrieben, in dem sie namens der österreichischen Bundesregierung erklärte, und zwar in einer unüblichen Form und mehrfach, daß zwischen Nikaragua und Österreich

-2-

"herzliche freundschaftliche und kooperative Beziehungen" bestehen, die beide Nationen eng verbinden. Eine derartige freundschaftliche Verbundenheit besteht nicht einmal mit allen Nachbarstaaten Österreichs, ungeachtet großer Gemeinsamkeiten und die Ausdrucksweise im Kommuniqué ist nur der außenpolitischen Unerfahrenheit von Frau Dohnal zuzuschreiben. Darüber hinaus unterstützt Frau Dohnal in diesem Kommuniqué- und damit die österreichische Bundesregierung- die "Friedensinitiativen Nikaraguas" (was immer dies sein mag) und stellt Nikaragua das Zeugnis aus, mit allen politischen und sozialen Kräften des Landes einschließlich der in der Nationalversammlung nicht vertretenen Parteien eine gemeinsame Verfassung auszuarbeiten. Diese Behauptungen im Pressekommuniqué, die damit die offizielle Linie der österreichischen Bundesregierung darzustellen scheinen, wurden von Frau Staatssekretär Dohnal, die sachlich dafür völlig unzuständig ist, unterschrieben, ohne sich über den Sachverhalt im Lande vollumfänglich zu informieren, da sie es unterlassen hat, mit Vertretern aller gesellschaftlichen Kräfte zu sprechen (La Prensa, Kirche, Sozialdemokratie, Gewerkschaften). Frau Dohnal hat sich im übrigen, entgegen der sich neuerdings in der Bundesregierung abzeichnenden realistischen und gemäßigten Haltung gegenüber den Vereinigten Staaten auch dazu verstiegen, in dem Kommuniqué eindeutig antiamerikanische Erklärungen der nikaraguanischen Regierung zu billigen. Der Besuch der österreichischen Regierungsdelegation in Nikaragua, geleitet von der sachkundigen Frau Staatssekretär Johanna Dohnal, mag eine Episode in der österreichischen Außenpolitik darstellen, die politischen Kosten sind allerdings nicht unbedeutend, bedenkt man die Folgen dieses Besuches im Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit österreichischer Außenpolitik in Mittel- und Südamerika und das Befremden, das das von Frau Dohnal unterzeichnete Pressekommuniqué bei den sachlich informierten Staatskanzleien der Länder dieses Raumes hervorrufen muß. Darüber

-3-

hinaus sind die für die Reise aufgewendeten finanziellen Mittel nicht unerheblich, und es stellt sich erneut die Sinnhaftigkeit derartiger "politischer Urlaubsreisen" von sachlich unkundigen und unzuständigen Regierungsmitgliedern auf Kosten des österreichischen Steuerzahlers.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Bundeskanzler folgende

A n f r a g e :

1. Wie hoch waren die Gesamtkosten der Regierungsdelegation in Nikaragua, Costa Rica, einschließlich aller Begleitpersonen, inklusive Reise-, Aufenthalts- und Vorbereitungskosten?
2. Wie lautet der Name der Mitarbeiterin von Frau Dohnal, die mit zwei österreichischen Journalisten Frau Dohnal begleitet hat?
3. Entsprechend der Bundesverfassung ist Frau Dohnal Ihnen unterstellt und an Ihre Weisungen gebunden: Welche Weisungen haben Sie Frau Dohnal als Leiterin der Regierungsdelegation nach Nikaragua als zuständiger Bundesminister erteilt?
4. Was waren die Gründe für diese Weisungen?
5. Falls Sie keine Weisungen erteilt haben: Warum haben Sie keine Weisungen erteilt?
6. Hat Frau Dohnal den Terminplan der Reise der Regierungsdelegation mit Ihnen besprochen?

-4-

7. Wenn ja, warum haben Sie nicht darauf gedrungen, daß sie in ihrer fünftägigen Reise Vertreter von La Prensa, der katholischen Kirche, der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften sowie der Menschenrechtskommission trifft?
8. Wenn nein, warum nicht?
9. Sind Sie bereit, in Zukunft bei Reisen Ihrer Staatssekretärin die offensichtlich notwendige Abstimmung des Terminkalenders des Besuches und der Besuchspartner den Interessen der österreichischen Außenpolitik entsprechend zu gestalten?
10. Hat Frau Dohnal, die ja Ihren Weisungen entsprechend handeln muß, vor Unterzeichnung des Pressecommuniqués, worin sie die ungewöhnlichen Formulierungen unterschrieben hat, wonach zwischen Österreich und Nikaragua "herzliche, freundschaftliche und kooperative Beziehungen" bestehen, die beide Nationen eng verbinden und worin sie den Friedensinitiativen Nikaraguas Unterstützung verleiht, sowie Nikaragua den Weg zu Demokratie, Pluralismus und Menschenrechtsschutz bestätigt, mit Ihnen Kontakt aufgenommen und diesbezügliche Weisungen eingeholt?
11. Wenn ja, haben Sie die zuständige Abteilung des Außenministeriums zu einer Stellungnahme dazu eingeladen?
12. Wie lautet diese?
13. Wenn nein, warum haben Sie Frau Dohnal diesbezüglich nicht die Weisung erteilt, Kontakte mit Ihnen aufzunehmen?
14. Sind Sie der Ansicht, daß die von Frau Dohnal unterschriebenen Formulierungen des Pressecommuniqués den tatsächlichen Stand der Beziehungen zwischen Österreich und Nikaragua widerspiegeln?

-5-

15. Wenn ja, sind Sie bereit, aufgrund dieser "freundschaftlichen" Beziehungen auf Nikaragua einzuwirken, den Ausnahmezustand ehe-baldigst zu beenden, die Pressefreiheit sowie die Vereins- und Versammlungsfreiheit wieder herzustellen, den sozialdemokratischen Gewerkschaften ihre ungestörte Tätigkeit zu garantieren und die Religionsfreiheit wieder herzustellen?
16. Welches sind die Friedensinitiativen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Pressekommunikes der österreichischen Regierungsdelegation von Nikaragua ergriffen worden sind und denen von österreichischer Seite Zustimmung erteilt wurde?
17. In Nikaragua haben sich die Umstände seit dem Besuch von Frau Dohnal weiter verschlechtert, was in der Anfrage-beantwortung des Bundesministers für Auswärtige Angelegenheiten zum Ausdruck kommt, in der auf die Frage "Teilen Sie die Auffassung, die im Schlußkommunique zum Ausdruck gebracht wird, daß Nikaragua Fortschritte in Richtung Blockfreiheit, pluralistisches System und gemischte Wirtschaft macht?" der Bundesminister antwortet : "Zum Zeitpunkt der Abfassung des Schlußkommunikes - ja". Teilen Sie diese Auffassung des Bundesministers?
18. Worin erblicken Sie die wesentliche Veränderung der Situation seit Unterzeichnung des Pressekommunikes durch die Leiterin der österreichischen Regierungsdelegation?